

handhabt wird, bedeutet nichts anderes als die Verewigung der Ausbeutung und politischen Unfreiheit.

Mit dem Konzept der „Reinwaschung“ des Imperialismus mittels Pluralismus wird zugleich ein Angriff auf die Macht der Arbeiterklasse und auf die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Parteien in den sozialistischen Ländern unternommen.

Beispiele dafür sind die konterrevolutionären Aktivitäten, die beispielsweise 1968 gegenüber der CSSR betrieben wurden und die seit 1980/81 gegenüber der Volksrepublik Polen in drastischer Weise wirksam werden. Bürgerliche Ideologen verkünden in aller Offenheit, bürgerlichen Pluralismus auf sozialistische Staaten übertragen zu wollen, um damit den Sozialismus „friedensfähig“ zu machen. Die eigenen Gebrechen ignorierend fordern sie „mehr Demokratie und Menschlichkeit“ im Sozialismus..

Die „wirklichen“ Absichten dieser Pluralismus-Verfechter bestehen darin, die Macht der Arbeiterklasse zu beseitigen - eine Macht, die ihnen im Magen liegt, da sie viel demokratischer ist, als es dem Klassengegner recht ist. Denn Macht der Arbeiterklasse heißt Überwindung antagonistischer Klassengegensätze, heißt grundlegende Interessenübereinstimmung aller Klassen und Schichten und deren gleichberechtigte politische Zusammenarbeit. Dabei ist, wie Genosse Erich Honecker in einem Interview für belgische Journalisten (Neues Deutschland vom 13. Oktober 1987) betonte, die Mannigfaltigkeit der Meinungen und Ideen, eine rege geistige Kommunikation in den eigenen Reihen als auch unter Andersdenkenden lebensnotwendig, weil nur so alle Potenzen unseres Volkes freigesetzt und erschlossen werden können.

Dr. Hans Pirsch

Institut für Internationale Politik und  
Wirtschaft der DDR

## In der „deutschen Frage“ ist nichts mehr „offen“!

*Kollegen, die in den vergangenen Wochen und Monaten zu Besuchsreisen in der BRD weilten, berichteten darüber, daß in den dortigen Medien in vielfältiger Weise ein „Offenhalten der deutschen Frage“ propagiert wird. Wie sind diese Aktivitäten zu bewerten?*

Josef Ehm

Propagandist, VEB Sachsenring A WZ, Grundorganisation Gelenkwellenwerk Mosel

Diese politische Position - gebetsmühlenhaft von revanchistischen Kreisen der BRD immer wieder aufgeworfen - widerspiegelt: Deren Verfechter haben nichts, aber auch gar nichts aus der Geschichte der Neuzeit gelernt. Drei Gesichtspunkte ihres reaktionären Standpunktes sollen hier verdeutlicht werden.

Erstens bedeutet diese politische Position vom „Offenhalten der deutschen Frage“ die Weigerung, die politisch-territorialen Realitäten völkerrechtlich anzuerkennen, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden sind. Exponenten und Fahnenträger der herrschenden Kreise der BRD wollen sich also nicht mit der Wahrheit abfinden, daß im Ergebnis dieses Krieges frühere Herrschaftsgebiete des deutschen Imperialismus für immer an den Sozialismus verloren gingen. Wie widersinnig, aber auch entspannungswidrig diese Position ist, zeigen solche unverrückbaren Tatsachen:

Die sozialistische DDR und die imperialistische BRD gehören zwei unterschiedlichen, wie Genosse Erich Honecker anlässlich seines BRD-Besuches im September 1987 erklärte, wie Feuer und Wasser unvereinbaren gesellschaftlichen Systemen an. Sie sind Teilnehmerstaaten der beiden größten, sich gegenüberstehenden Militärbündnisse. Beide Staaten unterhalten, durch unzählige Verträge und Abkommen materialisiert, Beziehungen mit nahezu allen Ländern der

Welt. Die DDR wie die BRD sind Mitunterzeichner der Schlußakte von Helsinki, dieses Leittextes für die Ausarbeitung der Hausordnung eines „gemeinsamen europäischen Hauses“, sie gehören also zur selbstverständlich gewordenen Realität Europas der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und des Übergangs zum 21. Jahrhundert.

Zweitens steckt hinter der Politik vom „Offenhalten der deutschen Frage“ das Unvermögen, aus Niederlagen zu lernen. Bekanntlich nahmen die imperialistischen Westmächte und die reaktionären Kräfte der deutschen Monopolbourgeoisie in den ersten Nachkriegsjahren Kurs darauf, Deutschland zu spalten und einen separaten westdeutschen Staat zu schaffen. Sie handelten erklärtermaßen nach dem Motto: „Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.“ Sie grenzten sich systematisch von dem Prozeß einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und Entwicklung ab. Das heißt davon, grundlegende Lehren aus faschistischer Herrschaft und faschistischem Völkermord - durch Überführung der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher in Volkseigentum, demokratische Schulreform, Überwindung und Ausrottung von Nationalismus, Chauvinismus und Völkerhaß - wie es das Potsdamer Abkommen gebot, zu ziehen.

Das Abgehen von diesen historischen Erfordernissen erfolgte durch Bildung der Bizone, die separate Währungsreform, die Bil-